

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

27.3.1889 (No. 85)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 27. März.

№ 85.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der „Karlsruher Zeitung“ nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. H. Agenten fortwährend Bestellungen an.

Preis, wie bisher, in Karlsruhe vierteljährlich 3 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 3 Mark 65 Pf. einschließlich der Bestellgebühr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Verzeichniß der Agenturen der „Karlsruher Zeitung.“

R. Frig, Kaiserstr. 229.	F. Schmidt, Ritterstr. 4.
S. Werthe, Kaiserstr. 160.	H. Böll (Herlan), Kaiserstr. 100.
A. Salzer, Kaiserstr. 140.	C. Walzacher, Lammstr. 5.
W. Erb, Spitalstr. 32.	W. Pfeiffer, Kreuzstr. 10.
M. Fischer & P. Franz, Poststr. 7.	J. Bette, Adlerstr. 6.
W. S. Mann, Sophienstr. 45.	W. Doll, Spitalstr. 25.
St. Thomann, Sophienstr. 66.	H. Rothweiler, Kronenstr. 43.
Lebensbedürfnis-Verein, Sophienstr. 27.	Lebensbedürfnis-Verein, Fähringerstr. 49.
F. Hausbad, Amalienstr. 53.	E. Salzer, Kaiserstr. 69.
Lebensbedürfnis-Verein, Karlsstr. 8.	S. Wäng, Kaiserstr. 43.
F. Ralsch, Waldstr. 57b.	S. Brunner, Wilhelmstr. 1.
L. Dörflinger, Waldstr. 54.	Lebensbedürfnis-Verein, Schützenstr. 41.
F. A. Herrmann, Waldstr. 5.	C. Heß, Wilhelmstr. 34.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung.“

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 26. März.

Fürstenbegegnungen sind in unserer Zeit der vervollkommenen Verkehrsmittel keine seltenen Erscheinungen und im vorigen Jahre haben wir einige solche Begegnungen von hervorragender politischer Bedeutung zu verzeichnen gehabt. Ohne größere politische Tragweite, aber interessant durch die Persönlichkeiten, die einander begegnen, ist eine Entree, die sich morgen auf spanischem Boden vollzieht. Die beiden Frauen auf europäischen Königsthronen, die Königin Victoria von Großbritannien und die Königin-Regentin Marie Christine von Spanien, begegnen sich morgen zu San Sebastian. Die Anregung hierzu ging von englischer Seite aus. Um der Königin Victoria die Strapazen einer weiten Reise zu ersparen, wurde von Seite der Regentin der genannte Ort vorgeschlagen. Königin Victoria wird morgen um die Mittagstunde von Biarritz abreisen und um 1 Uhr in San Sebastian eintreffen. Dort wird die Königin einige Stunden verweilen, mit der Königin Christine in der Villa Geyte den Lunch nehmen und gegen 4 Uhr wieder aufbrechen, um nach Biarritz zurückzukehren. Königin Marie Christine hat, wie ein Telegramm uns meldet, die Reise nach San Sebastian bereits angetreten. Außer den Herren und Damen des königlichen Hofstaates befinden sich auch der Ministerpräsident Sagasta und der Minister des Aeußern, Marquis de la Vega de Armijo, in ihrer Begleitung. Am Freitag gedenkt die Königin Christine nach Madrid zurückzukehren.

In den Niederlanden scheint nun doch die Einsetzung einer Regentschaft bevorzustehen. Der Zustand des Königs Wilhelm macht eine solche Maßregel unvermeidlich. Das Befinden des schwerkranken Königs hat sich, nach dem neuesten Bericht der Aerzte, in letzter Zeit nicht wesentlich verändert; die Regierungsgeschäfte, zu deren Erledigung der König außer Stande ist, häufen sich an. Wir berichteten bereits, daß die Minister des Innern und der Justiz sich deshalb am Samstag nach Schloß Zoo begeben hätten, um die Frage wegen Einsetzung einer Regentschaft zu erwägen. Heute theilte in der Zweiten niederländischen Kammer, wie ein Telegramm aus Haag uns mittheilt, der Ministerpräsident mit, der Ministerrath habe sich gestern in der Anschauung geeinigt, daß der König außer Stande sei, die Regierung weiterzuführen, und dieser Beschluß sei dem Staatsrath mitgetheilt worden, dessen Entschliebung abgewartet wird.

Der boulangistische Abgeordnete Laguerre hat, wie erinnerlich, in der französischen Deputirtenkammer dem Minister Constans vorgeworfen, daß derselbe sich bei einem Prozesse durch ein größeres Geldgeschenk habe bestechen lassen. Es fiel Herrn Constans nicht schwer, diese Beschuldigung zurückzuweisen, und wenn die boulangistischen Blätter sich den Aufheben geben, als glaubten sie trotz der überzeugenden Rechtfertigungsrede des Herrn Constans an die Schuld des Ministers, so handeln sie eben in bösmilliger Weise. Am wenigsten ist aber wohl Herr Laguerre berufen gewesen, gegen den Minister des Innern in der berührten Angelegenheit aufzutreten, da gegen ihn selbst eine Klage wegen Veruntreuung bean-

tragt worden ist. Mehrere Aktionäre der von Laguerre geleiteten „Presse“ beschuldigen den Abgeordneten, daß derselbe eine zu journalistischen Zwecken ihm übergebene Geldsumme für sich verwandt habe. Herr Laguerre sieht, außer der gegen ihn als Führer der Patriotenliga erhobenen Klage also noch einer anderen Klage entgegen, da die Kammer unzweifelhaft die Ermächtigung zu seiner gerichtlichen Verfolgung erteilen wird.

Deutschland.

* Berlin, 25. März. Seine Majestät der Kaiser hatte gestern Mittag eine Besprechung mit dem Flügeladjutanten Kapitän zur See Freiherrn v. Senden und dem Dr. Gießfeld. Um 1¹/₂ Uhr fand bei den kaiserlichen Majestäten eine kleinere Frühstückstafel statt, zu welcher auch mehrere Herren aus dem Gefolge Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden etc. geladen waren. Nach der Tafel unternahmen beide Majestäten eine Spazierfahrt. Demnächst empfing der Kaiser den zum Kommandeur der 3. Garde-Kavalleriebrigade ernannten Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg. An der Familientafel nahmen die Großherzoglich badischen Herrschaften, der Prinz Alexander, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der Herzog Ernst Günther zu Holstein, der Prinz und die Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, der Erbprinz und der Prinz Karl von Hohenzollern, der Prinz Friedrich Karl von Hessen, Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, Prinz Aribert von Anhalt, Erbprinz Reuß j. L. und der Erbprinz von Waldeck theil. Seine Majestät der Kaiser hatte hierzu die Uniform des ersten Garde-Drägerregiments angelegt. Heute Vormittag unternahmen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin eine Spazierfahrt, später arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Civilkabinetts Birck. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, mit dem Kriegsminister General der Infanterie Bronsart v. Schellendorff und dem Chef des Militärkabinetts Generalleutnant v. Sahnke.

— Beim Reichskanzler Fürsten Bismarck findet morgen ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem außer dem Vorstand des Reichstags zahlreiche Reichstagsabgeordnete eingeladen erhalten haben.

— Heute Vormittag um 10 Uhr ließen das 3. Garde-Regiment zu Fuß aus Anlaß der Uebergabe des Regiments an den neuernannten Regimentskommandeur Obersten v. Gofler und um 10¹/₂ Uhr das Garde-Füsilier-Regiment anlässlich der Regimentsübergabe an den Obersten Grafen Keller ihre Fahnen aus dem königlichen Schlosse mit den herkömmlichen militärischen Ehren abholen. Se. Maj. der Kaiser sah dem militärischen Schauspiel von einem Fenster des königlichen Schlosses aus zu.

— Wie die „B. P. N.“ hören, sind bei den Beratungen über die Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz auch Vorbereitungen dahin getroffen, daß in dieselbe Anordnungen bezüglich der Fürsorge für Rekonvaleszenten aufgenommen werden.

— Aus Sansibar erhält die „Köln. Ztg.“ die Nachricht, daß der deutsche Admiral Buschiri Waffenruhe für die Umgebung von Bagamoyo gewährte. Die „Schwalbe“ habe am 23. März Saadani beschossen. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt im Anschluß an diese Meldung:

Die Beschichtung Saadani durch S. M. Schiff „Schwalbe“ stellt die Bekräftigung des Detes dar für die mannigfachen Unternehmungen, welche von dort aus den aufständischen Banden Buschiri's zu Theil geworden sind. Schon im Weißbuch vom 12. Januar war ein Bericht des deutschen Generalkonsuls Michaelles aus Sansibar vom 2. Dezember vorigen Jahres veröffentlicht worden, wonach Buschiri von Pangani nach Süden gezogen war, um den Aufstand dort zu beleben. Am 23. November sollte er in Saadani eingetroffen sein mit der Absicht, von dort aus auf der Karawanenstraße Plünderungen zu unternehmen. Am 29. November erhielt S. M. Schiff „Sophie“ von dem Geschwaderchef den Befehl, eine Rekognoszierung nach Saadani vorzunehmen. Bei Ausführung ihrer Aufgabe fand die „Sophie“ Saadani stark besetzt; der Strand war mit Bewaffneten, die in geordneten Abtheilungen aufgestellt waren, angefüllt und es herrschte offenbar eine gewisse militärische Organisation. Der Kommandant von S. M. Schiff „Sophie“ schickte mehrere Boote aus, um die vor der Stadt ankernden Dhaus untersuchen zu lassen, und erst nachdem die Untersuchung beendet war und die Boote den Rückweg angetreten, wurde vom Ufer aus ein heftiges Feuer auf sie eröffnet, das aus den Revolvergeschützen der Boote erwidert wurde. Seitdem verlaute noch mehrfach, von Saadani aus werde den aufständischen Munitio zugesandt, doch sind amtliche Veröffentlichungen darüber bisher noch nicht erfolgt. Die Waffenruhe, welche der deutsche Kontre-Admiral Deinhardt mit Buschiri für die Umgebung von Bagamoyo vereinbart hat, wird wohl im Hinblick auf die demnächstige Ankunft des Hauptmanns Wismann und bis zu dieser geschlossen sein.

— Demselben Blatt zufolge bestätigt es sich, daß eine

Verständigung zwischen Deutschland und Spanien wegen der Spritfrage erzielt ist. Die Kommission der spanischen Cortes hat das Abkommen vorläufig genehmigt, das indessen noch der Zustimmung der Cortes bedarf. Auch sollte vor einigen Tagen noch über die Fassung einiger Bestimmungen verhandelt werden. Spanien hat die meisten Zugeständnisse gemacht und soll auf ein entsprechendes Entgegenkommen Deutschlands bei der Erneuerung des Handelsvertrages in etwa zwei Jahren rechnen.

St. Wendel, 25. März. Das amtliche Ergebnis der am 20. ds. stattgehabten Reichstagsersatzwahl in dem 6. Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel-Meißenheim des Regierungsbezirks Trier ist folgendes: abgegeben wurden 15 710 Stimmen, davon erhielt Frhr. v. Stumm aus Neuntirchen (freikonfessionell) 15 332 Stimmen.

Homburg, 25. März. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wird mit Allerhöchsthren Töchtern von der ersten Hälfte des April ab im hiesigen königl. Schlosse Wohnung nehmen.

München, 25. März. Den „Neuesten Nachrichten“ zufolge wird Ihre Majestät die Königin-Mutter am Mittwoch, 27. März, von Lugano abreisen, in Zürich und Lindau Nachtquartier nehmen und Freitag Nachmittag in Hohenchwangau ankommen. Das Befinden der hohen Frau hat sich noch nicht gebessert. Die Salons Ihrer Majestät sind gestern Morgen 8 Uhr 20 Min. nach Lugano abgegangen. — Von der Regierung soll der hiesige Dompfarrer Thoma als Nachfolger Weiderts auf den Passauer Bischofsstuhl vorgeschlagen worden sein.

Stuttgart, 25. März. Der „Schwäb. Merkur“ meldet, daß der frühere Minister v. Barnbüler Ende der vorigen Woche in Berlin an einem alten Gallensteinübel erkrankt ist, wozu Lungenentzündung getreten. Der Zustand sei bedenklich.

Schweiz.

Bern, 25. März. Der Bundesrath beauftragte den Generalanwalt Lezzola mit der weiteren Ausdehnung der Untersuchung im Kanton Tessin. Die Untersuchung soll auf alle mit Verbrechen der Bestechung der Wähler bei den Wahlen des Großen Rathes zusammenhängende Vorfälle ausgedehnt werden. Die Bundesversammlung ist heute zusammengetreten. Beide Räte traten sofort in die Geschäfte ein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. März. In Triest fand heute Mittag auf dem festlich decorirten Stationsplatze die feierliche Enthüllung des Denkmals statt, das zur Erinnerung an den vor 500 Jahren erfolgten Anschluß der Stadt an Oesterreich errichtet worden ist. Anwesend waren der Statthalter, der Admiral Sternedek, die Spitzen der Behörden, die Konfuln, der Gemeinderath, Deputationen von Vereinen und eine unabsehbare Menschenmenge. Der Obmann des Denkmal-Komite's, Baron Morpurgo, der Statthalter und der Vicepräsident des Gemeinderaths, Luzzato, hielten patriotische Ansprachen. Unter den Klängen der Volkshymne, unter Kanonenschüssen und den tausendstimmigen „Evviva's“ fiel die Hülle des Denkmals. — Nach einer Meldung aus Prag ist Prinz Moriz von Hanau auf seiner Herrschaft Horowitz gestorben. Ferner ist der Reichsrathsabgeordnete Landgraf Ernst von Fürstenberg gestorben.

Frankreich.

Paris, 25. März. Am 2. April werden der Präsident der Republik, Carnot, und dessen Gemahlin einer Einladung des deutschen Botschafters, Grafen Münster, zum Diner entsprechen. Die Präsidenten der beiden Kammern, sowie der Ministerpräsident Tirard und der Minister des Auswärtigen, Spuller, haben ebenfalls Einladungen erhalten. — Die Kammer nahm gelegentlich der Prüfung des Rechnungsabschlusses für 1876 den Antrag Fernaud-Faures an, wonach eine Wiedererstattungsklage gegen den Minister anzutreten ist, der im Jahr 1876 ohne Genehmigung der Kammer dem spanischen Thronerben Don Carlos und seinem Gefolge für die Reise von Pau nach Boulogne einen Sonderzug zur Verfügung stellte.

Großbritannien.

London, 25. März. Graf Herbert Bismarck hatte heute eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter Hagfeldt und kehrte darauf nach Epsom zu Lord Roseberry zurück. — Der Marquis von Hartington führte kürzlich den Vorsitz in der ersten Jahresversammlung des Verbandes der liberalen Unionisten in London. Die Verhandlungen leitete er mit einer längeren Rede ein, worin er zunächst die Behauptung der Gladstoneaner, daß die liberal-unionistische Partei erloschen sei, anfocht. Bestände die Partei nicht länger, so würde sie von ihren

Gegnern sicherlich nicht mit so großer Hestigkeit und Feindseligkeit angegriffen werden, wie dies jetzt der Fall sei. Obwohl die Organisation der Partei viel zu wünschen übrig lasse, könnte die Homerule-Partei eine Umstufung des Ergebnisses der letzten Parlamentswahlen nicht erwarten. Vielleicht dürfte bei etwaigen Neuwahlen die unionistische Mehrheit nicht so groß sein wie 1886, aber ein Wahlerfolg der Gladstoneaner wäre kaum möglich. Schließlich empfahl der Redner den liberalen Unionisten, mit der konservativen Partei enger Hand in Hand zu gehen, sowohl im Parlament, wie in den Wahlkreisen. Das Bündnis zwischen den Konservativen und liberalen Unionisten sollte mindestens ebenso eng und innig sein, wie das zwischen den Gladstoneanern und Parnelliten. Die Partei könnte nicht allein stehen; deshalb müßte sie sich an die konservative Partei anlehnen. Die liberalen Bestrebungen der Partei würden unter diesem Bündnis der Parteien, denen die Einheit des Reiches und die Integrität des Parlaments am Herzen läge, nicht im mindesten leiden. Um der Opposition wirksamer begegnen zu können, werden sich die Konservativen und die liberalen Unionisten wahrscheinlich über eine Erneuerung und Erweiterung des Regierungsprogramms in der irischen Frage verständigen. Der „Manchester Guardian“ schreibt: „Nicht allein Chamberlain ist der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, wo die Regierung den Home-Rule-Plänen Gladstone's eine eigene positive irische Politik entgegenstellen sollte, sondern der Gedanke drängt sich einer großen Anzahl Unionisten auf. Einige der einflussreichsten Anhänger Lord Hartingtons haben kürzlich unverhohlen erklärt, daß der Mangel an einem positiven Programm die Regierung, sowie ihre Wiederwahl schädigt. Auf den Schatzkanzler wird ein besonders starker Druck ausgeübt, mit einer Landbill zuerst hervorzutreten, deren Grundzüge, wie angenommen wird, schon festgelegt worden sind. Es wird vorgeschlagen, die Bill noch im Laufe der gegenwärtigen Session im Parlament einzubringen, damit das Volk erfährt, daß es der Regierung wirklich Ernst ist mit umfassenden Reformen. Zugleich sollte nach der Meinung vieler Unionisten das Ministerium ein festes Versprechen abgeben, wann sie eine Lokalverwaltungsbill für Irland dem Parlament vorzulegen gedenkt, deren erste Lesung auch noch in der laufenden Session bewältigt werden sollte. Es unterliegt geringem Zweifel, daß die Regierung diesen Weg beschreiten wird, falls noch weitere Erbschaftswahlen zu ihren Ungunsten ausfallen.“ In Uebereinstimmung damit wird der „Birmingham Post“ von ihrem Korrespondenten in London berichtet: „Es gilt für ausgemacht, daß im Jahre 1890 eine große irische Landakte dem Parlament unterbreitet werden wird, während im nächsten Jahre die Lokalverwaltung Irlands an die Reihe kommt. Ueber die Einzelheiten beider Vorlagen läßt sich natürlich zur Zeit wenig sagen, gewiß aber ist, daß sie einen umfassenden Charakter tragen werden. Wie mir von einem liberalunionistischen Abgeordneten versichert wird, beabsichtigt die Regierung am Schlusse der Session beide Fragen in der Form von Resolutionen auf die politische Tagesordnung zu bringen, damit sie während der Ferien gründlich vor dem Volke erörtert werden können.“

In der Unterhausung vom 22. März machte Sir W. Harcourt anlässlich des Budgetpostens für den Gehalt des Generalanwalts das Verhalten Webster's als Hauptanwalts der „Times“ vor dem Parnell-Untersuchungsausschusse zum Gegenstand eines überaus heftigen Angriffs. Von der Annahme ausgehend, daß die Parnell-Untersuchung, wie der Minister des Innern kürzlich erklärte, eine staatliche Untersuchung sei, und daß der Generalanwalt Webster als öffentlicher Ankläger fungierte, fragte er Webster, wann er zuerst wußte, daß Pigott der Urheber der gefälschten Briefe sei, und ob er wußte, daß von Pigott's Aussagen so viel abhing, und warum, wenn er wußte, daß Pigott nicht zuverlässig sei, seine Vernehmung bis zum letzten Augenblicke verschoben wurde, während inzwischen Anlagen über Anlagen gegen Parnell erhoben wurden, um das Vorurteil gegen denselben zu bestärken. Am Schlusse einer anderthalbstündigen Rede forderte Sir William den Generalanwalt auf, sich von der Entschuldigung loszusagen, welche namens der „Times“ vorgebracht worden sei, da nur angenommen werden könne, daß dieselbe das Wert irgend eines schurkischen Winkeladvokaten war, welcher nicht den Muth hatte, für das von ihm zugefügte Unrecht vollkommene Genugthuung zu gewähren. Der Generalanwalt, der, als er sich erhob, von seinen Parteifreunden mit sämmtlichem Beifall, von der Opposition mit Fischen und anderen Kundgebungen des Mißfallens begrüßt wurde, erklärte zuvörderst mit Nachdruck, daß er vor der Kommission nicht als Vertreter der Regierung, sondern lediglich als Privatanwalt der „Times“ erschien. In lebhaften Worten bestritt er, daß er Vorurtheile gegen Parnell aufgetrieben habe, weil er die Echtheit der demselben zugeschobenen Briefe nicht beweisen konnte. Er müsse das Haus daran erinnern, daß gegen Parnell und Genossen noch Anklagen schweben, die ernster seien als die in den gefälschten Briefen enthaltenen und über welche er, da dieselben sub judice seien, schweigen müsse. Die Entschuldigung der „Times“, bemerkte er, habe er selber verfaßt, und wenn er es noch einmal zu thun hätte, würde er sie so weit als möglich in dieselben Worte kleiden. Schließlich versicherte er, daß die wider ihn erhobenen Beschuldigungen ihm nicht den geringsten Kummer bereitet und nur ein Gefühl des Mitleids in ihm erweckt haben gegen Personen, die im Stande seien, ihren politischen Einfluß zu dem Zwecke bloßzustellen, um einen Gegner, der sich nur bestrebt, seine Schuldigkeit zu thun, mit Schmutz zu beschudeln. Im weiteren Laufe der Debatte sprachen L. P. O'Connor, Sir John Lubbock, John Redmond, welcher die Kürzung des Gehalts des Generalanwalts um 1000 Pf. St. beantragte, La-bouchère und Parnell. Webster's Gehalt wurde schließlich von der Mehrheit bewilligt.

Serbien.

Belgrad, 24. März. König Milan ist gestern Abend hier eingetroffen. Die Regenten und die Minister empfingen denselben am Bahnhofe. — Das Gerücht über eine bevorstehende Zusammenkunft des Königs Alexander mit dem Kaiser von Rußland sowie die Gerüchte, die Königin Natalie werde in etwa drei Wochen nach Serbien oder Pest kommen und Tauschanowitsch habe darauf

bezügliche Schritte eingeleitet oder stehe in irgendwelchen besonderen Beziehungen zur Königin, werden von maßgebender Seite als durchaus unbegründet bezeichnet.

Bulgarien.

Sofia, 25. März. Wie aus Philippopel berichtet wird, war die Begrüßung zwischen dem Prinzen Ferdinand und dem gestern dort eingetroffenen Ministerpräsidenten Stambuloff die herzlichste. Der Prinz erwartete Stambuloff am Bahnhofe und gab zu Ehren desselben ein Diner. (Stambuloff war bis jetzt durch Krankheit in Sofia zurückgehalten worden. In der Presse wurde das Vorhandensein einer ernsteren Krankheit Stambuloff's angezweifelt und die Ansicht ausgesprochen, daß mit derselben eine zwischen Stambuloff und dem Prinzen bestehende Spannung veruscht werden solle. Der demonstrativ freundliche Empfang, den Prinz Ferdinand seinem Ministerpräsidenten bei dessen Eintreffen in Philippopel zu Theil werden ließ, dürfte auf die Widerlegung jener Gerüchte berechnet gewesen sein.) Am Abend fand im Palais zu Ehren des Gemeinderaths, welcher dem Prinzen und dessen Mutter, der Herzogin Klementine von Koburg, das Ehrenbürgerrecht verliehen hat, ein Festmahl statt.

Zeitungsstimmen.

Wir haben jüngst einen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über den Terminhandel in Kaffee erwählt. In einem anderen Artikel benutzte die „Nordd. Allg. Ztg.“ die schlimmen Erfahrungen, die man mit der Kaffeebörse gemacht hat, zu einem Schlusse auf die Getreidebörse. Sie geht davon aus, daß auch kaufmännische Kreise die Einführung des Terminhandels für Kaffee als schädliches Spiel bezeichnen, und führt dafür die Aeußerungen zahlreicher Handelsmänner an. Daraus folgert sie, daß es sich bei der Bekämpfung des börsenmäßigen Terminhandels nicht um „agrarisches Interessenpolitik“, sondern um das gemeinsame Interesse aller handle, welche dem Handel die frühere solide Grundlage erhalten und die Produzenten sowohl wie die Konsumenten vor einer Ausbeutung durch gewissenlose Spekulanten schützen wollen: „Denn darüber kann doch kein Zweifel sein, daß, was dem Kaffee recht, den anderen Waaren billig ist und daß, wenn das börsenmäßige Termingeschäft in Kaffee durch die Verheißung großer Preischwankungen Störung und Verwirrung in den Effektivhandel hineinbringt, das Börsenzeitgeschäft in einheimischen Produkten noch verwerflicher sein und durch dasselbe die wirtschaftlichen Gesamtinteressen noch mehr geschädigt werden müssen, weil die einheimische Produktion in Mitleidenschaft gezogen wird, während wir auf die Kaffeeproduzenten Rücksicht zu nehmen keine Veranlassung haben. Wer also das Zeitgeschäft in Kaffee verurtheilt, kann für das Termingeschäft in Weizen und Roggen kein Wort der Rechtfertigung haben, zumal bei letzterem auch der für die Einführung des Kaffeeterminhandels in Hamburg angeführte Grund, daß andernfalls sich der Effektivhandel nach anderen ausländischen Plätzen hingehen würde, nicht einmal zutrifft.“ Besserung sei nur durch Maßregeln der Gesetzgebung zu erwarten; es sei aber wesentlich, daß der alte, solide Handelsstand dabei mitwirke: „Wir meinen, daß niemand eine dringendere Veranlassung hätte, als gerade der Handelsstand, offen und energisch gegen das Börsenspiel im Waarenhandel Front zu machen und der Auffassung entgegenzutreten, als sei in dem Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität eine sachgemäße Vorbildung, eine genaue Kenntniß der Produktions- und Abgabeverhältnisse, eine auf gegenseitiger Achtung beruhende Pflege dauernder persönlicher und geschäftlicher Beziehungen zwischen den Produzenten und den Abnehmern der Waare nicht nöthig, um jemand zu einem Großkaufmann zu machen, und als könnten vielmehr die Geschäfte des Großhandels zweckmäßiger von Leuten besorgt werden, die ohne die geringste Waarenkenntniß, ohne mit dem Produzenten und den Konsumenten in geschäftliche Beziehung zu treten, heute in Kaffee, morgen in Spiritus, machen.“ Die vorher erwähnten Aeußerungen der Handelsmänner beweisen, daß die Hoffnung auf eine zweckentsprechende Mitwirkung des soliden Handelsstandes bei der Lösung der Frage, wie die Auswüchse des Börseterminhandels zu beseitigen sind, keine trügerische ist, und bei diesem Theile des Handelsstandes wird gewiß das Vorgehen der Staatsregierung in Sachen des Getreide- wie des Kaffeeterminhandels volle Anerkennung finden. „Zahllose Gewerbe gedeihen, ohne daß ihre Rohstoffe und Produkte börsenmäßig gehandelt werden, und sie brauchen deshalb keineswegs darauf zu verzichten, ihren Bedarf an Rohstoffen sich zu bestimmtem Preise auf längere Zeit zu versichern, um dadurch das mit der Produktion verbundene Risiko zu vermindern. Die Wälgwerke, die ihre Produktion an Schienen auf viele Monate, vielleicht auf ein Jahr hinaus zu einem bestimmten Preis verkaufen, können sich auch ohne den börsenmäßigen Terminhandel ihren Bedarf an Erzen, Kohlen u. s. w. auf die gleiche Zeitdauer zu bestimmten Preisen sichern und thun dieses überall. Auch dieses sind Zeitgeschäfte, deren wirtschaftliche Berechtigung und Nothwendigkeit niemand in Zweifel ziehen wird. Was würde aber aus unserer Industrie werden, wenn es dem Börsenkapitale einfiel, den Börsenhandel auch auf Kohlen, Erze u. s. w. auszudehnen, und wenn die Preise dieser Artikel nach den Wünschen und dem Vermögen der Hauffe- und Baiffespekulanten in die Höhe getrieben oder heruntergeschleudert werden könnten! Geschäftsformen aber, die für die eine Industrie ein Unheil sind, können für die andere nicht ein Bedürfnis und ein Segen sein.“

Die „Rölnische Zeitung“ hält der freisinnigen Partei folgendermaßen den Spiegel vor: „Der rechte Fortschrittsmann pflegt sich seines hohen Werthes dermaßen bewußt zu sein, daß er seinen Gegnern jedes selbständige Denken und Handeln von vornherein abstreitet; wer nicht die Regierung bekämpft, der ist entweder ein Streber, oder charakterlos, oder erlaucht. Das ist nun einmal ein Axiom, das dazu dienen soll, die fortgeschrittenen eigenen Niederlagen des Fortschritts in deutschen Volke zu bemänteln und zu entschuldigen; und eine ernste Bekämpfung dieses Axioms ist um so weniger notwendig, als es, von dem immer mehr verschwindenden fortschrittlichen Kreisen abgesehen, schwerlich in Deutschland auch nur einen Gläubigen findet. Aber traurig ist es in der That, daß politische Männer in Deutschland sich zu solcher Verblendung und Selbstüberhöhung hinreißen lassen können, ohne nur zu beachten, wie sehr sie durch solche öffentlichen Verleumdungen und Schmähungen ihrer Gegner das eigene Vaterland in den Augen des Auslandes herabsetzen. Was soll denn ein Engländer, ein Amerikaner von unseren inneren Verhältnissen denken, wenn er die deutschfreisinnigen Urtheile darüber in den hervorragenden Blättern dieser Partei liest. Niemals wird er auch nur eine Zeile der Anerkennung, des Lobes über die großartige Entwicklung lesen, die Deutschland in den letzten

zwei Jahrzehnten auf allen Gebieten ausnahmslos, den politischen wie den sozialen, den wissenschaftlichen wie den wirtschaftlichen, genommen hat; nie wird er in ihnen auch nur ein Wort des Dankes gegen unseren großen Staatsmann finden, der fast bei allen Fortschritten, die Deutschland seitdem gemacht hat, in hervorragender Weise betheiligt war, der auf allen Gebieten seiner umfassenden Thätigkeit immer und immerdar bei seinen Anregungen den einstimmigen Widerspruch, die heftigste Gegnerschaft dieses kleinen Häufleins eigenstümmiger und kurzfristiger Volksredner gefunden hat. Der Ausländer, der heute diesen Theil der deutschen Presse liest, muß den Eindruck empfangen, als ob wir das gefeuchtete aller Völker wären, als ob der größte Theil des deutschen Volkes — der nicht freisinnige — aus Heuchlern und Memmen bestände, unwürdig der großen Freiheit, die im Deutschen Reich zu Recht besteht, als ob das Streben nach Gerechtigkeit und Ehre, nach dem Gändedruck der Großen die große Masse des Volkes erfüllt und sie slavisch und gefühnungslos gemacht hätte. Selbst einzelne deutschfreisinnige Blätter wenden sich gegen diesen Ton der Beschimpfung des Gegners. So schreibt die „Vossische Zeitung“: „Man glaubt es in Berlin kaum, wie sehr gewisse Sachen den Parteifreunden in der Provinz schaden, während sie von den Gegnern als hohe Trümpe ausgebeutet werden. Mit einer über's Ziel schiefenden Verdächtigung der Gegner erobert man sie nicht; gegen solches wirkt die persönliche Achtung vor dem Charakter des wohlbekannten Gegners zu mächtig.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 26. März.

(Der Jahresbericht für das Lehrerseminar II) für das Schuljahr 1888/89, dessen wir gestern schon kurz gedachten, gibt folgende statistische Mittheilungen: Bei der letzten Kandidatenprüfung erhielten sämmtliche 30 Kandidaten des 3. Kurzes den Kandidatenschein. Die Aufnahmeprüfung zu Beginn des Schuljahrs bestanden von 18 Angemeldeten 8 mit Erfolg, dazu kamen noch von der Präparandenschule in Gengenbach 26, von Mersburg 6; im ganzen besuchten 40 Jüglinge den 1. Kurs. In dem 2. und 3. Kurs waren es je 38, im ganzen also 106 Jüglinge, 63 evangelische und 43 katholische; 3 hatten die Erlaubniß, außerhalb der Anstalt Kost und Wohnung zu nehmen. An der Dienstprüfung im vorigen März nahmen 52 Kandidaten theil; 19 bestanden dieselbe für erweiterte und 32 für einfache Volksschulen. An Stipendien kamen in Beträgen von 34 bis 140 M. zur Anweisung für den 1. Kurs 2000 M., für den 2. Kurs 2440 M. und für den 3. Kurs 2360 M., zusammen 6800 M. in 73 Beträgen. Aus der Berger-Stiftung kam erstmals das Erträgniß von 20 M. zur Vertheilung in der Weise, daß aus jedem Kurs ein würdiger Jögling mit einem Buch bedacht wurde. An Stelle des in den Aufstufen getretenen Direktors, Herrn Hofrath Lehmann, wurde Herr Direktor Jengeler von der Realschule in Konstanz ernannt. Der Gesundheitszustand der Jüglinge war im allgemeinen ein normaler; doch werden vorübergehende fataralische Reizungen der Athmungsorgane als endemische Krankheitserscheinungen bezeichnet. Die nächste Kandidatenprüfung findet am 27. bis 30. März, die Dienstprüfung am 8. bis 12. April, die Aufnahmeprüfung für das neue Schuljahr am 15. April statt. Letzteres beginnt am 4. Mai.

(Schwurgericht.) Die Sitzungen für das erste Quartal nahmen heute Vormittag halb 9 Uhr unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsraths Dr. Hauser ihren Anfang. Derselbe belehrte die Herren Geschworenen eindringlich über die von ihnen kraft ihres Amtes übernommenen Rechte und Pflichten, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Als erster Fall wurde die Anklage gegen den katholischen, 26 Jahre alten Cigarrenmacher Peter Seinerle von Kirrlach wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zur Verhandlung aufgerufen. Am Tage der im November stattgehabten Späthjahrkontrollversammlung kam es in der Kopf-Wirtschaft zwischen mehreren Burchen zum Streit, dessen Urheber Steine gewesen und der in Thätlichkeiten ausartete. Ein Cigarrenmacher, Michael Decker, war ebenfalls dabei betheiligt und hatte den Steine derart geschlagen, daß dieser damals schon drohte, er werde es ihm vergelten. Das hinderte den Steine aber nicht, in der Folge anscheinend freundschaftlich mit Decker zu verkehren. Am Abend des 4. Januar d. J. laurerte nun Steine im Hofe des Gasthauses „zum Hirschen“ dem Decker auf, von dem er erwartete, daß er dort vorbeikommen würde. Als dieser thatsächlich des Weges kam, ließ Steine ihn vorübergehen und ging ihm dann nach, um ihm mit einem Prügel einen Schlag auf die linke Seite des Kopfes zu geben, der, obwohl Decker nochmals aufsprangen konnte, in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar den Tod desselben zur Folge hatte. Dem Decker wird das Zeugniß eines ruhigen friedlichen Menschen gegeben, während Steine mehr zu Raufereien geneigt war und auch schon wegen groben Unfugs u. dgl. bestraft ist. Der Sachverständige, Herr Bezirksarzt Dr. Blum, stellte fest, daß die Ursache des Todes der mit großer Wucht geschlagene Schlag auf den Kopf des Decker gewesen ist. Herr Staatsanwalt Hübsch beantragte demnach die Verabgung der Hauptschulfrage und den Ausschluß mildernder Umstände, welche bei der mit Vorbedacht und zudem hinterlistig vollführten That nicht entfernt gerechtfertigt erschienen. Die That des Angeklagten streife hart an den Thatbestand des Mordes. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Wörter, plädierte auf die Jubiligung mildernder Umstände. Die Geschworenen schlossen sich in ihrem Wahrspruch den Ausführungen des Herrn Staatsanwalts an, worauf das Gericht den Angeklagten zu 7 Jahren Gefängniß verurtheilte.

Zweiter Fall. Anklage gegen den evang. 25 Jahre alten Goldarbeiter Friedr. Wilh. Entner von Dudenfeld wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Den Vorsitz führte Herr Landgerichtsrath Dr. Hauser. Am 30. Dezember v. J. hatte der Militärverein zu Wüem eine Festlichkeit, der auch Entner anwohnte. Als Letzterer eben einmal den Saal verlassen wollte, öffnete sich die Thüre und ein gewisser Lehrling Job. Jakob Ruf von Wüem, der stark angestrunken war, kam herein, konnte sich aber nicht mehr auf den Füßen halten. Entner hieß ihn sich entfernen, und als dies nicht sofort geschah, faßte er ihn und brachte ihn bis zur Treppe, wo er ihm einen Stoß gab, so daß Ruf die Treppe kopfüber hinunterstürzte und dort alsbald seinen Geist aufgab. Durch das Sachverständigengutachten wird als Todesursache eine hochgradige Gehirnerkütterung bezeichnet. Bei der Begründung der Anklage spricht Herr Staatsanwalt Dr. Wörter in erster Reihe sein lebhaftes Bedauern aus, daß die Eltern des noch fortbildungspflichtigen getödteten Lehrlings nicht auch auf der Anklagebank als Mitangeklagte des Entner sitzen, denn solche Eltern, die ihre Kinder bis Nachts 11 Uhr in Wirthshäusern gehen lassen, verdienen selbst ins Gefängniß zu wandern. Entner aber sei nun zweifellos die Schuld an dem Tod des Ruf zuzuschreiben und beantragt Redner die Verabgung

Todesanzeige.
 T. 929. Buchen. Tief erschüttert geben wir nur auf diesem Wege die Trauerkunde, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unseren innigst geliebten Gatten, Vater, Bruder und Schwager

Herrn Joseph Berger,
 Groß. bad. Notar, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, unerwartet schnell heute früh zu sich abzurufen.
 Die Beerdigung findet Mittwoch den 27., Nachmittags 4 Uhr, statt, der Trauergottesdienst Donnerstags früh.
 Um stille Theilnahme bitten Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
 Buchen, den 25. März 1889.

Todesanzeige.
 T. 931. Oberweiler. Tief betrübt mache ich Freunden und Bekannten die Mittheilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern unvergesslichen Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

Josef Himmelsbach
 nach langjähriger Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten der römisch-kathol. Kirche, im Alter von 73 Jahren zu sich zu rufen.
 Ich bitte um stille Theilnahme.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Benjamin Himmelsbach.
 Oberweiler, den 26. März 1889.
 Die Beerdigung findet nächsten Donnerstag, früh 10 Uhr, statt.

Todesanzeige.
 T. 921. Mannheim. Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, unseren vielgeliebten treuen Gatten, Vater, Bruder, Schwager, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Friedrich Griseh,
 Kaufmann in Mannheim, im 69. Lebensjahre nach längerem Leiden aus dieser Zeitlichkeit abzurufen.
 Freunden und Bekannten widmen wir diese Trauerkunde mit der Bitte um stille Theilnahme.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
 Mannheim, Kreuznach, Dagersheim, Freiburg i/B.

Der landwirtschaftliche Consumverein Schlächterhaus & Co.
 empfiehlt den verehr. Kaufleuten und Wirthen sein Fabrikat in **Schweizerkäse** vorzügl. salzreifer Waare, Laibe von 40-80 Pf. à Pf. 56-65 hochfein, mit Verpackung pro 50 Stück 6 Mark - ab Station
 Steinen i/Biesenthal, Baden.
 Bei größerer Abnahme entsprechender Rabatt. T. 772.3.

Feuer-, Fall- u. einbruch-sicherer Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schrank
 empfiehlt **Wilh. Weiss**
 Karlsruhe Erbprinzenstr. 24

Rheinische Hypotheken-Bank.
 Bilanz per 31. Dezember 1888.

Activa.		Passiva.	
1. Inventar-Conto, einschf. Material zur Anfertigung von Pfandbriefen	M. 6,100.-	1. Actien-Capital	M. 4,500,000.-
2. Stempelsteuer auf unbenutzte Pfandbriefe	" 7,000.-	2. Pfandbrief-Capital 4 1/2%	" 44,032,900.-
3. Cassenbestand und Reichsbank-Saldo	" 258,592.19	3. Communal-Obligationen 3 1/2%	" 46,697,400.-
4. Wechsel-Conto	" 228,107.30	4. Verlooste Pfandbriefe	" 900,000.-
5. Disagio-Conto I.	M. 1,722,405.58	5. Communal-Obligationen	" 21,500.-
" II.	" 952,035.93	6. Capital-Reservefond	" 900,000.-
6. Debitoren:		7. Disagiofond incl. Zins	M. 1,066,551.15
in Conto Corrent	M. 847,862.86	Dotations pro 1888	" 62,196.30
rückst. Annuitäten und Zinsen	" 41,212.43	9. Dividenden-Reservefond	" 41,297.86
7. Hypotheken-Darlehen	" 97,904,680.98	10. Beantw. Unterstüßungs-fond	" 80,848.85
8. Kaufschillingforderungen	" 763,948.73	11. Unerhobene Dividenden	" 861.-
9. Communal-Darlehen	" 1,222,033.87	12. Unerhobene und per 1. Januar 1889 fällige Pfandbrief- u. Communal-Oblig.-Zinsen	" 921,987.75
10. Vortrags-Conto:		13. Creditoren:	
Zinsen per 31. Dezember 1888 aus den Pof. 7-9	" 1,100,001.82	in Conto Corrent	M. 140,283.03
		Borauszahlungen auf im Jan. 1889 fällige Annuitäten u. Zinsen	" 107,762.71
		14. Vortrags-Conto:	
		Zinsen aus Pfandbriefen u. Communal-Obligationen pr. 31. Dez. 1888 Pof. 26	" M. 534,477.79
		Provisions-Reserve	" 64,312.-
		15. Gewinn- und Verlust-Conto:	
		Saldo a. d. Jahr 1887	M. 2,574.-
		Gewinn per 1888	" 715,329.25
			M. 717,903.25
			M. 105,053,981.69

Soll Gewinn- und Verlust-Conto Haben

1. Geschäftskosten	M. 164,079.31	1. Vortrag aus dem Jahre 1887	M. 2,574.-
2. Abschreibung auf Inventar-Conto	" 582.50	2. Darlehens-Zinsen	" 4,348,707.60
3. Pfandbrief- und Communal-Obligationen-Zinsen	" 3,555,536.92	3. Conto-Corrent-Zinsen	" 41,275.97
4. Disagiofond-Zinsen	" 31,064.60	4. Provisionen u. Verwaltungsgebühren	" 135,124.54
5. Dotation des Disagiofonds	" 62,196.30	5. Effecten- und Wechsel-Conto	" 3,680.77
6. Saldo	" 717,903.25		
	M. 4,531,362.88		M. 4,531,362.88

Mannheim, 2. März 1889. Rheinische Hypotheken-Bank. T. 924.

Rheinische Creditbank
 in MANNHEIM.
 Achtzehnte ordentliche

General-Versammlung
 am 13. April d. J., Mittags 12 Uhr,
 im Lokale der Bank,
 wozu wir die Herren Actionäre einladen.

- Tages-Ordnung:**
- Bericht der Direction und des Aufsichtsraths,
 - Entlastung der Direction und des Aufsichtsraths auf Grund dieser Berichte,
 - Festsetzung der Dividende,
 - Erhöhung des Actienkapitals,
 - Abänderung der Statuten,
 - Wahl des Aufsichtsraths und der Revisions-Commission.

Jeder Inhaber einer Actie ist zur Theilnahme an der General-Versammlung berechtigt.
 Je 5 Actien geben eine Stimme.
 Das Stimmrecht wird persönlich oder durch Uebertragung an Stimmberechtigte ausgeübt.

Eintrittskarten zur Generalversammlung ertheilen auf Vorzeigen der Actien (Art. 27 der Statuten):

in Mannheim	unsere Bank,
Heidelberg	die Filiale derselben,
Karlsruhe	" "
Freiburg i. B.	" "
Konstanz	" "
Kaiserslautern	Herren Böcking, Karcher & Co.,
Frankfurt a. M.	Deutsche Vereinsbank,
München	Herren Guggenheimer & Co.,
Stuttgart	Württembergische Vereinsbank,
Basel	Basler Handelsbank,
Berlin	Kerr S. Bleichröder.

Das neue Statut liegt acht Tage vor der Generalversammlung zur Einsicht bei uns bereit.
 Mannheim, den 22. März 1889.

T. 922. **Der Aufsichtsrath.**

Circus Wulff,
 Ausstellungshalle, Karlsruhe.
 Jeden Abend präcis 8 Uhr
Brillante Vorstellung
 mit stets neuem Programm.
 Mittwoch, Sonn- u. Feiertage
 4 Uhr und 8 Uhr.
 Alles Nähere besagen die Anschlagzettel. T. 917.2.

Baden-Baden. Bauplatz,
 für ein Lusthotel oder Familienpension vorzüglich geeignet, in sehr gesunder Lage, nächster Nähe des Kurhauses und dem Walde, prachtvolle Aussicht, ist sofort äußerst preiswürdig zu verkaufen.
 Näheres in der Exped. dieses Blattes. T. 811.2.

Rheinische Hypothekenbank Mannheim.

In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1888 auf **7 1/2% = Mark 21 per Actie** festgesetzt. Die Auszahlung erfolgt sofort gegen Einlieferung des Dividenden-scheines Nr. 17 in Mannheim an unserer Kasse und bei der Rheinischen Creditbank, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bei der Filiale der Rheinischen Creditbank, Frankfurt a. M. bei Herren M. A. von Rothschild & Söhne, bei der Deutschen Vereinsbank, Berlin bei Herren S. Bleichröder, in Oldenburg bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, in Basel bei der Basler Handelsbank.
 Mannheim, 23. März 1889.

In der Generalversammlung vom 23. März 1889 wurden nachgenannte Herren zu Mitgliedern des Aufsichtsraths wiedergewählt:
 Freiherr Franz von Bodman
 Karl Eduard
 S. Hartogensis, Generalconsul
 Dr. August Hohenemser
 Philipp Karcher, Commerzienrath
 Mannheim, den 23. März 1889.

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß das Verzeichniß der per **1. April 1889** verloosten 4 1/2%igen Pfandbriefe aus der Serie 40, sowie die Rückstandsliste bei uns und allen Pfandbrief-vertriebsstellen erhältlich ist und auf Verlangen von uns franco zu gestellt wird.
 Mannheim, den 16. März 1889.

Die Direction. Badische Pferdeversicherungs-Anstalt zu Karlsruhe.

Behnte ordentliche Generalversammlung.
 Unter Bezugnahme auf § 20 des Statuts werden die nach § 22 stimm-berechtigten Mitglieder der Badischen Pferdeversicherungs-Anstalt auf **Samstag den 11. Mai 1889, Vormittags 11 Uhr,** zur zehnten ordentlichen Generalversammlung, welche im großen Saale der "Vier Jahreszeiten" dahier stattfindet, eingeladen.
Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht über das Jahr 1888.
 2. Entlastung des Verwaltungsrathes und der Direction auf Grund des Berichtes über die von dem Verwaltungsrath vorgenommene Prüfung der Bilanz und Jahresrechnung.
 3. Mittheilung über den Stand der Rindviehversicherungs-Frage.
 4. Verwaltungsraths-Wahlen.
 Anträge auf Verathung und Beschlußfassung über weitere Gegenstände, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, bitten wir unsere verehrlichen Mitglieder, schriftlich bis zum 15. April d. J. an den Verwaltungsrath der Anstalt, Hebelstraße 1, zu richten (§§ 20 und 21 des Statuts).
 Karlsruhe, den 1. März 1889.

Am Genfer See

Pen. f. D. u. ig. Mohn. Familienleben auf christl. Grundl. Sorgf. Körperpfl. Französ. stets im Hs. gelbr. Vielsit. Unterr. je nach Wunsch. Sehr mäß. Preis bei läng. Aufenth. Behagl. häuslich. Garten, Balkon, Sommerferien in d. Alp. **Besondr. Rabatt f. deutsche Offizierskinder.** Empf. v. S. Hofred. Frommel, 46 Neue Friedrichstr. C Berlin, S. Carl Strabbe, Verlagbuchh. Stuttgart. Jahr. andere Ref. auch solche früh. Bgl., sowie nähere Anst. und Prosp. d. d. Vorst. Jrl. P., Joli-Clos, Lausanne. T. 802.3.

Strafrechtspflege.

Bekanntmachung.
 T. 925. Heidelberg. Großh. Staatsanwaltschaft Heidelberg. J. u. E. gegen Ferdinand Schäußle von Derdingen, wegen Brandstiftung. 3. Nr. 4125. Tab. E. 582. Gemäß § 40 St. P. O. wird folgender Beschluß des Großh. Landgerichts Mannheim - Strafkammer II - in obigem Betreff bekannt gemacht:
 „Da die Voruntersuchung Thatsachen nicht ergeben hat, nach welchen der Angekl. schuldig einer strafbaren Handlung hinsichtlich verdächtig erscheint, nach Ansicht der §§ 202, Abs. 2, 496 St. P. O. wird ausgesprochen:
 Tagelöhner Ferdinand Schäußle von Derdingen, R. W. Oberamt Maulbronn, sei außer Verfolgung wegen Verbrechen gegen § 308 R. St. G. B. zu setzen.
 Die Kosten des Verfahrens werden der Gr. Staatskasse aufgelegt.“
 Heidelberg, den 24. März 1889.
 Der Gr. Staatsanwalt: v. Dufsch.

Bekanntmachung.

Den Vollzug des Sozialisten-gesetzes betreffend.
 Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 sind nachbezeichnete Druckschriften verboten worden, und zwar:
 1. Von der Polizeibehörde in Hamburg unterm 18. ds. Mts. das Flugblatt „Zum 18. März 1889“ mit der Unterschrift: „Die revolutionäre Sozialdemokratie Hamburgs“, ohne Angabe des Druckers und Verlegers (Reichsanzeiger Nr. 69).
 2. Von dem Königl. Regierungspräsidium in Trier unterm 18. d. Mts. das im Verlage von G. Dullens - Druck von Börslein & Comp. Nürnberg - erschienene Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Wähler des Reichstags-Wahlkreises Ottweiler-St. Wendel-Weisenheim“ und beginnend mit den Worten: „Arbeiter! Bürger! Landleute! In einigen Tagen, am 20. d. Mts., findet“ (Reichsanzeiger Nr. 70).
 Karlsruhe, den 24. März 1889.
 Großherzogol. Ministerium des Innern.
 Der Ministerialdirektor: Eisenlohr. Blattner.

Erledigte Aktuarsstelle.

Die Stelle eines Aktuars mit einem jährlichen Gehalte von 1050 Mark ist alsbald dahier zu besetzen.
 Bewerber wollen ihre Gesuche mit den erforderlichen Zeugnissen alsbald dahier einreichen.
 Wir bemerken, daß die Stelle nur solchen Aktuaren, welche im Aktuariats-dienste und insbesondere im Militär-erkaufwesen vollständig bewandert sind, übertragen werden kann.
 Engen, den 24. März 1889.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 Dr. Krens.